

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	Seite
Literaturverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung und Darstellung des Problems	1
1. KAPITEL : Die Stellungnahme des Gesetzgebers	6
A. Die Regelung des Dienstvertragsrechts gem. §§ 611 bis 630 BGB	6
B. Die Anwendbarkeit des § 670 BGB über § 675 BGB	6
I. Der Regelungsgehalt des § 675 BGB	7
1) Die Bedeutung des Geschäftsbe- sorgungsbegriffs in § 662 BGB	7
a) Die herrschende Ansicht	8
b) Die Ansicht ESSER's	9
c) Stellungnahme	9
2) Die Bedeutung des Geschäftsbe- sorgungsbegriffs in § 675 BGB	10
a) Der Wille des Gesetzgebers	10
b) Die herrschende Ansicht	11
c) Die Ansicht NIPPERDEY's	12
d) Stellungnahme	13
3) Die Anwendbarkeit des § 675 BGB auf den typischen Arbeitsvertrag	14
II. Der Aufwendungsbegriff des § 670 BGB	15
1) Die Ansicht von KRAUSE u. a.	15
2) Die herrschende Ansicht	16
3) Stellungnahme	16
C. Die Betrachtung von Sonderregelungen	18
I. §§ 1 SHG und 1 a RHG	18
II. § 25 AtomG	19
III. §§ 7 StVG und 33 LuftVG	19
D. Zusammenfassung	20

2. KAPITEL : Lösungsversuche, die den Grund einer Ersatzverpflichtung des Arbeitgebers nicht in einem Zurechnungsprinzip aus dem Bereich der Haftung ohne Verschulden sehen.	21
A. Herleitung der Ersatzpflicht des Arbeitgebers aus der Vertragsvereinbarung	21
I. Ausdrückliche Vereinbarung	21
II. Stillschweigende Vereinbarung	21
III. Rechtfertigung der Haftpflicht im Wege ergänzender Vertragsauslegung	22
1) Charakterisierung der ergänzenden Vertragsauslegung	23
2) Die Vereinbarkeit der ergänzenden Auslegung mit § 157 BGB	24
3) Unzulässig bei im Gesetz geregelten Vertragstypen	27
B. Rechtfertigung der Ersatzverpflichtung aus der Fürsorgepflicht	29
I. Charakterisierung der Fürsorgepflicht	31
II. Anwendung der Generalklausel erst als "ultima ratio"	32
C. Begründung der Haftpflicht mit § 670 BGB analog	33
I. Darstellung der Ansicht des BAG	33
II. Kritik an den vom BAG geforderten Voraussetzungen	35
III. Kritik an der analogen Anwendung des § 670 BGB auf Schadensfälle	36
1) Bedenken gegen die praktizierte Analogie im Auftragsrecht	36
2) Zusätzliche Bedenken speziell gegen die vom BAG begründete Analogie	39

3. KAPITEL : Die Existenz von Zurechnungsprinzipien der Haftung ohne Verschulden und ihr Verhältnis zur Verschuldenshaftung	41
A. Die überragende Bedeutung des Verschuldensprinzips zur Zeit der Entstehung des BGB	42
B. Die Wertung des gewordenen Rechts	45
4. KAPITEL : Die Rechtfertigung der Haftpflicht des Arbeitgebers aus dem Aufopferungs- und dem Vertrauenshaftungsprinzip	49
A. Das Aufopferungshaftungsprinzip	49
I. Die Darstellung der Lösungsvorschläge	49
II. Charakterisierung des Aufopferungshaftungsgedankens	51
1) Begründung des Prinzips	51
2) Subsumtion des Arbeitnehmersachschadenfalles unter das Prinzip	55
3) Bedeutung des Eingriffsmerkmals für das Prinzip	56
III. Der Aufopferungshaftungsgedanke paßt nicht	61
B. Das Vertrauenshaftungsprinzip	63
5. KAPITEL : Begründung der Haftung des Arbeitgebers mit einem Zurechnungsgrund aus dem Bereich des Zurechnungsprinzips der Risikohaftung	65
A. Grundüberlegung zur Risikohaftung	65
I. Das Interessenprinzip	66
II. Das Interessenprinzip ist kein Zurechnungsgrund	67
B. Die Gefährdungshaftung	68
I. Charakterisierung dieses Zurechnungsgrundes	68

	Seite
II. Bedenken gegen eine Lösung mit dem Gefährdungshaftungsprinzip	71
1) Freiwillige Gefahraussetzung	71
2) Aktive Beteiligung an der Beherr- schung der Gefahr	72
3) Rechtsfortbildungsverbot	75
C. Die Risikohaftung für Tätigkeiten im Fremdinteresse	80
I. Charakterisierung dieses Zurechnungs- grundes	80
II. Die Vereinbarkeit dieses Prinzips mit unserem Recht	82
1) Die Schadenshaftung im Auftragsrecht	83
2) Die Verlusthaftung nach § 110 HGB	84
III. Subsumtion der zu beurteilenden Fallage unter dieses Prinzip	87
1) Vorhandene Parallelen	87
2) Eigene Interessenverfolgung durch den Arbeitnehmer	88
3) Stellungnahme	89
 6. KAPITEL : Konstruktiver Lösungsweg:	
Arbeitsvertragliche Risikohaftung	93
A. Ermittlung von Risikozurechnungsgesichts- punkten	93
I. Das Interessenprinzip und der Einsatz eines anderen zur eigenen Interessen- verwirklichung	94
II. Überprüfung von möglichen, speziell arbeitsvertraglichen Zurechnungsele- menten	95
1) Der Gemeinschaftsgedanke	96
a) Kritik am Gemeinschaftsgedanken	96
b) Rechtfertigung des Gemeinschafts- gedankens	98
c) Keine Schadenszurechnungswirkung	98

	Seite
2) Die Personenbezogenheit	99
3) Die Dauerbeziehung	100
4) Die Fremdbestimmtheit abhängiger Arbeit	101
a) Eingriff in die allgemeine Lebensführung	101
b) Die soziale und wirtschaftliche Überlegenheit des Arbeitgebers	102
5) Die Abwälzbarkeit des Schadens	103
III. Zusammenfassung	103
B. Voraussetzungen eines Schadensersatzanspruchs des Arbeitnehmers	104
I. Tätigkeit im Interesse des Arbeitgebers	105
1) Voraussetzungen für das Interessenmerkmal	105
2) Negativbeispiele	106
a) Eigenwirtschaftliche Tätigkeit des Arbeitnehmers	106
b) Nicht ernsthafte oder unsinnige Tätigkeit	106
c) Befriedigung alltäglicher Bedürfnisse	106
d) Unfähigkeit des Arbeitnehmers	107
3) Gemischte Tätigkeiten	107
II. Schädigungen von benötigten oder üblicherweise mitgeführten Sachen	109
III. Haftungsbegründende Kausalität	109
1) Funktion der Kausalitätstheorien	110
2) Die Äquivalenztheorie	111
3) Die Adäquanztheorie	113
a) Bedeutung und Anwendungsbereich	113
b) Nicht anwendbar auf arbeitsvertragliche Risikohaftung	116
4) Die Theorie von der wesentlichen (Mit-) Ursache	118
a) Darlegung der Ansicht	118

	Seite
b) Abgrenzung der Theorie von anderen	119
c) Anwendbar auf den vorliegenden Zurechnungsgrund	121
IV. Haftungsausfüllende Kausalität	123
C. Die Auswirkungen eines Arbeitnehmerfehl- verhaltens auf den Schadensersatzanspruch	123
I. Die Verrichtung einer nicht dem Interesse des Arbeitgebers dienenden Tätigkeit	123
II. Die überwiegende Verursachung des Schadens	124
III. Die bloße Mitverursachung	125
1) Anspruchsminderung gemäß § 254 BGB analog	126
2) Prognostizierte Abwägungsergebnisse	127
D. Vereinbarkeit des arbeitsvertraglichen Risikohaftungsprinzips mit unserem Recht	128
I. Die Ersatzregelung bei Körperschäden nach dem UVG	129
II. Die Sondervorschriften der §§ 1 SHG, 1a RHG und 25 AtomG	133
III. Der Freistellungsanspruch bei schadensgeneigter Arbeit	134
1) Darstellung dieses Gewohnheits- rechtssatzes	135
a) Kriterium der Schadensneigung	136
b) Dreiteilung im Bereich des Ver- schuldens	140
2) Dogmatische Grundlage dieser Rege- lung	141
a) Stillschweigende Vereinbarung	141
b) Fürsorgepflicht	141
c) Arbeitsvertragliche Risikohaftung	142

E. Anerkennung des arbeitsvertraglichen Risikohaftungsprinzips im Wege zulässiger Rechtsfortbildung	145
I. Problematik einer Analogie	145
II. Anerkennung des Prinzips als Rechtssatz durch Induktion	147
 Schlußbetrachtung	 150
 Lebenslauf	 152